

PRESSEFRÜHSTÜCK



Was die Seniorinnen und Senioren bewegt –
starke Teuerung und Personalnotstand in der Pflege
treffen viele ältere Menschen besonders hart

mit

LH a.D. Dr. Josef Pühringer, Landesobmann OÖ Seniorenbund

BR Mag. Franz Ebner, Landesgeschäftsführer OÖ Seniorenbund

Freitag, 8. April 2022, Kaffee Glockenspiel, Linz

Starke Teuerungen treffen viele Seniorinnen und Senioren hart

Infolge der Corona-Pandemie und des Kriegs in der Ukraine ist die Inflation seit Jahresbeginn noch einmal stark gestiegen. Wie aus einer Schnellschätzung der Statistik Austria hervorgeht, beträgt die Inflationsrate für März voraussichtlich 6,8% (nach 5,9% im Februar) und das Preisniveau steigt voraussichtlich um 2% gegenüber dem Vormonat. Im Jahresdurchschnitt prognostizieren IHS und WIFO derzeit eine Inflation von knapp 6%, das ist der höchste Wert seit 1981. Treiber sind weiterhin die steigenden Treibstoff- und Energiepreise.

Die starken Teuerungen treffen auch viele Seniorinnen und Senioren in unserem Land, besonders jene mit niedrigen Pensionen. Schließlich sind vor allem Güter zur Deckung der Grundbedürfnisse wie Gas, Heizöl, Strom, Treibstoff, aber auch Lebensmittel von den Preissteigerungen betroffen. Dabei muss man im Auge behalten, dass die Medianpension in Österreich 2021 1.224 Euro brutto pro Monat betragen hat, es aber auch viele Menschen gibt, die eine Pension darunter beziehen, so stehen Beziehern einer Ausgleichszulage 1.030,49 Euro im Monat zur Verfügung.

Entlastungspaket der Regierung hilft – aber weitere Maßnahmen für Senioren nötig

Mit dem 4 Milliarden-Euro Entlastungspaket der Regierung werden auch die Seniorinnen und Senioren unterstützt, insbesondere jene mit kleinen Pensionen. So profitieren Ausgleichzulagenbezieher von der Verdoppelung des Teuerungsausgleichs für sozial schwache Gruppen auf 300 Euro. Dazu kommt der Energiekostenausgleich in Form eines Gutscheins in der Höhe von 150 Euro, von dem beinahe alle Senioren-Haushalte profitieren (Einkommengrenzen: 55.000 Euro bzw. 110.000 Euro). Und von den 100 Euro durch das Aussetzen der Ökostrompauschale und des Ökostromförderbeitrags in diesem Jahr sowie den rund 100 Euro durch die Senkung der Gas- und Elektrizitätsabgabe profitieren alle Pensionisten. Keine Erleichterung gibt es für Seniorinnen und Senioren hingegen beim Treibstoff, obwohl auch viele ältere Menschen, gerade in ländlichen Gebieten, auf das Auto angewiesen sind.

Diese bereits beschlossenen Maßnahmen sind wichtig und sorgen dafür, dass besonders bei Kleinpensionisten finanzielle Notlagen verhindert und ein kleiner finanzieller Spielraum geschaffen werden. Sollten die Inflation und die Teuerung aber weiter hoch bleiben, was aus heutiger Sicht in den nächsten Monaten wahrscheinlich ist, wird eine Nachschärfung der Maßnahmen notwendig sein, um die älteren Menschen finanziell zu unterstützen. Denn für einen Bezieher einer Medianpension liegt

die derzeitige Entlastung unter der aktuell prognostizierten Jahresinflation. Man muss mit dem Einkommen auch ein „Auskommen“ sichern.

Ein Ansatz ist hier **die Erhöhung der Pensionistenabsetzbeträge**, die sofort möglich wäre. Dies wäre eine rasche und unbürokratische Entlastung, da es sich hier um steuerliche Erleichterungen für Pensionsbezieher handelt, die automatisch von der Pensionsversicherungsanstalt berücksichtigt werden. Der (allgemeine) Pensionistenabsetzbetrag beträgt aktuell bis zu 825 Euro. Weiters gibt es den erhöhten Pensionistenabsetzbetrag (als Ersatz für den Alleinverdienerabsetzbetrag für Pensionisten), der aktuell bis zu 1214 Euro ausmacht.

Die Zinsen müssen sofort und spürbar steigen, denn das Ersparte wird immer weniger

Eine wichtige Maßnahme ist eine reale Zinserhöhung, die die Sparer auch spüren. Denn die aktuelle Nullzinspolitik geht ganz klar zu Lasten der Sparer, vor allem der kleinen Sparer – darunter sehr viele Seniorinnen und Senioren –, die kaum auf andere, lukrativere Sparformen oder Anlagen ausweichen können, weil einerseits ihr Erspartes für derartige Veranlagungen zu gering ist und weil sie andererseits Zugriff auf ihr Erspartes brauchen und keine langen Bindungen eingehen können.

Es ist keine Kleinigkeit, was die Sparer in den letzten Jahren verloren haben. Hatte jemand vor 10 Jahren ein Sparguthaben von 10.000 Euro, so ist es heute aufgrund der Nullzinspolitik und der Inflation nur mehr 8.400 Euro oder sogar weniger wert. Damit tragen und finanzieren die vielen kleinen Sparer die Entschuldung öffentlicher Haushalte und die damit verbundene Konjunkturpolitik. Dennoch hält die EZB bis jetzt unverständlicherweise an der Nullzinspolitik fest.

Eine Zinserhöhung wäre auch volkswirtschaftlich wichtig, gerade bei Beziehern kleinerer Einkommen. Denn keine Pensionserhöhung kann das gutmachen, was an Zinsen in den vergangenen Jahren verloren gegangen ist. Von den 1,7 Millionen Beziehern von kleinen Pensionen, fließt das Geld ohnedies sofort in den Konsum und damit zu einem großen Teil auch wieder an den Staat zurück.

Schluss mit der Altersdiskriminierung bei Bankgeschäften – auch Senioren sollen Kredite bekommen

Bei Bankgeschäften ist Altersdiskriminierung leider noch Alltag – vor allem, wenn man einen Blick auf die Praxis der Kreditvergaben wirft. So hat man hier mit 70 trotz ausreichender Sicherheiten oft keine Chance. Dabei bräuchten gerade jetzt viele ältere Menschen einen Kredit, etwa für Arbeiten an ihrem

Eigenheim, wie den Einbau eines Treppenlifts oder den gesetzlich verordneten Heizkesseltausch bis 2035 (Ölheizungen) bzw. bis 2040 (Gasheizungen). Viele können sich solche Umbauarbeiten trotz Förderungen aus eigener finanzieller Kraft nicht leisten.

Bei ausreichenden Sicherheiten ist das Risiko für die Bank gleich null, denn die Bank stünde bei einer Immobilie im Grundbuch und in einem möglichen Verlassenschaftsverfahren damit an erster Stelle. Deutschland beispielsweise hat Altersdiskriminierung bei Kreditvergaben per Verordnung verboten.

Die Wahrheit über Pensionen

Jedes Mal, wenn von Pensionserhöhungen gesprochen wird, geht das mit einer Diskussion über die Pensionskosten einher, die sich in eine destruktive und gesellschaftspolitisch gefährliche Richtung entwickelt. Denn im öffentlichen Diskurs wird dieses komplexe Leistungsprinzip immer öfter auf einen Kostenfaktor reduziert, den angeblich die „Alten“ der Gesellschaft – vor allem der Jugend – aufbürden. Dieses schiefe Bild muss unbedingt zurechtgerückt werden.

Denn wenn schon über Kosten statt Leistungen gesprochen wird, dann bitte auch über die wahren Kosten: 24% der staatlichen Zuschüsse zu den Pensionen sind nämlich keine Pensionsleistungen im eigentlichen Sinn. Dabei handelt es sich um Sozialleistungen und Mittel zur Armutsbekämpfung wie etwa die Ausgleichszulage oder Teilversicherungszeiten, etwa für Kindererziehung. Diese Leistungen haben alle ihren Wert und sind wichtig – genauso wichtig ist es aber auch, sie getrennt von den Pensionskosten zu betrachten. Das bringt der Diskussion mehr Sachlichkeit und Konstruktivität, da beispielsweise über Aufwendungen zur Armutsbekämpfung anders gesprochen wird als über Zuschüsse zu den Pensionen. Außerdem sind die Arbeitgeberbeträge der Beamten enthalten.

Laut Berechnungen der Alterssicherungskommission steigen die Pensionskosten in den kommenden Jahrzehnten im gleichen Ausmaß wie die Wirtschaftsleistung. Das beweist, dass eine gute Wirtschaftspolitik immer noch die beste Sozialpolitik ist. Ein stabiler Arbeitsmarkt, eine hohe Erwerbsbeteiligung und stabile Löhne sorgen für ein nachhaltig gestärktes Pensionssystem. Was das Pensionsantrittsalter betrifft, vertreten wir die Ansicht: Wir müssen alles tun, um das faktische an das gesetzliche Pensionsalter anzupassen!

Personaloffensive in der Pflege ist ein Gebot der Stunde

Seit vielen Jahren werden immer wieder umfangreiche Reformen im Bereich der Pflege angekündigt, passiert ist bis dato kaum etwas. Dabei ist es gerade bei der Frage nach dem Pflegepersonal schon fünf nach zwölf und die Situation in der Pflege wird sich in den nächsten Jahren noch weiter zuspitzen. Laut Statistik Austria wird der Anteil der Generation 65+ bis 2030 von 19,2 auf 23,2% der Gesamtbevölkerung ansteigen, eine besondere Herausforderung ist dabei der Anstieg der Hochbetagten – bis 2050 werden 13,5% der Gesamtbevölkerung 80 Jahre oder älter sein. Und in dieser Gruppe nimmt die Pflegebedürftigkeit stark zu. So beträgt die Wahrscheinlichkeit mit 80 Jahren pflegebedürftig zu sein 20%, mit 85 Jahren 50% und mit 90 Jahren 80%. Aus diesem Grund werden bis 2050 ca. 100.000 zusätzliche Pflegekräfte gebraucht. Aber auch pflegende Angehörige müssen finanziell und strukturell dringend mehr unterstützt werden. Denn unser Pflegesystem wird zu 80% von rund einer Million pflegenden Angehörigen getragen. Deshalb kann der OÖ Seniorenbund seine Forderungen in diesem Bereich nicht oft genug wiederholen. Dazu gehören:

Erweiterung der Pflege-Ausbildung: Es darf kein Dauerzustand sein, dass 600 Betten in den Alten- und Pflegeheimen freistehen, obwohl lange Wartelisten existieren, weil das Personal fehlt. Ein zentrales Element ist hier die Einführung der Pflegelehre, um die Ausbildungslücke nach der Pflichtschule zu schließen. Hätte man diese, wie vom OÖ Seniorenbund gefordert, schon vor fünf Jahren eingeführt, hätte man heute bereits deutlich mehr ausgebildetes Personal. Darüber hinaus muss es für Berufswiederein- und –umsteiger(innen) attraktive Ausbildungsmöglichkeiten und eine finanzielle Absicherung während der Ausbildung geben.

Bessere Rahmenbedingungen für den Pflegeberuf: Um mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen, müssen auch die Rahmenbedingungen sowie das Image verbessert werden. Dazu zählen u.a. die Konzentration auf die Pflege an sich, Unterstützung durch moderne Technik, Dienstplansicherheit oder auch Weiterbildungsmöglichkeiten.

Mobil vor stationär als Leitlinie der Pflegepolitik: Seit 2016 dreht sich die Pflege laut offiziellen Statistiken wieder Richtung stationär. Um dem entgegenzuwirken, müssen die mobilen Dienste ausgebaut und insbesondere die 24-Stunden-Betreuung finanziell attraktiv gestaltet werden, denn eine Nicht-Leistbarkeit dieser führt automatisch zu mehr Heimaufhalten, was auch die öffentliche

Hand teurer zu stehen kommt. Das bedeutet eine höhere Förderung für die 24-Stunden-Betreuung, die jährlich valorisiert wird sowie die gleiche monatliche Förderung, unabhängig davon, wie viele Betreuer sich um einen Pflegebedürftigen kümmern.

Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige: Ohne pflegende Angehörige würde unser Pflegesystem zusammenbrechen. Um sie zu entlasten, müssen Tagesbetreuungseinrichtungen und leistbare Kurzzeitpflege-Angebote ausgebaut werden. Zudem muss die Demenz bei der PflegegeldEinstufung höher bewertet werden und den pflegenden Angehörigen durch einen Pflege-Daheim-Bonus auch eine finanzielle Wertschätzung entgegengebracht werden. Die Einführung der Community Nurses ist hier ein richtiger und wichtiger Schritt.

Die langfristige finanzielle Absicherung der Pflege: In Anbetracht der demografischen Entwicklung, die in den kommenden Jahren starke Kostensteigerung im Pflegebereich mit sich bringen wird, ist auch die langfristige finanzielle Absicherung der Pflege essentiell. Ein wichtiger Schritt dazu ist die einheitliche Finanzierung der Pflegedienstleistungen.